

Wo wir stehen, wo wir hingehen und was wir tun müssen

Statement von Hans-Georg Maaßen zur aktuellen Lage nach einem Jahr Ampel-Regierung



Hans-Georg Maaßen.

Foto: privat

(hgm). Für mich stellt sich die Lage nach einem Jahr der Ampel-Regierung wie folgt dar: In nahezu allen Politikbereichen zeigt sich, dass die Entscheidungen der ökosozialistischen Ampel-Regierung ein Desaster für das deutsche Volk sind: Migration, Energieversorgung, Klimapolitik, Wirtschaftspolitik, Ukrainekrieg, Bildung, Familienpolitik, Kulturpolitik usw. Man kann sich sicher sein, dass wenn – wie zum Beispiel bei der Migration – die Regierung über zwei Alternativen zu entscheiden hat, sie sich mit großer Sicherheit für die Alternative entscheidet, die am negativsten für das deutsche Volk ist. Das ist allerdings nichts Neues, denn die Ampel-Regierung knüpft an das an, was die Merkel-Regierungen in den 16 Jahren zuvor gemacht hatten.

Sich vor dem Hintergrund der flächendeckenden politischen Fehlleistungen in einzelnen Politikfeldern an den Fehlentscheidungen der Regierung abzuarbeiten, die Politik der Regierung in Einzelfragen zu kritisieren und durch Argumente zum Beispiel nachzuweisen, warum das neue Migrations- und Staatsangehörigkeitsrecht schwere negative Folgen haben werden, führt in die Irre. Es lenkt vom eigentlichen

Problem ab. Wenn man sich nur mit einzelnen Bäumen beschäftigt, übersieht man den Wald.

Es ist falsch, hier von politischen Fehlern und Fehlentwicklungen zu sprechen, und sie mit der Unfähigkeit, Dummheit oder der schlichten ideologischen Verbortheit der handelnden Politiker zu erklären. Sicherlich sind manche von ihnen nicht die allerbesten. Dumme können aber so bauernschlau sein, dass sie ihre Dummheit auf dem Markt zur Schau stellen, um die Öffentlichkeit über den boshafte Vorsatz zu täuschen. Man muss sich vor Augen führen, dass die handelnden Politiker auf ihren Posten nicht deshalb sitzen, weil sie fachlich besonders qualifiziert sind, sondern weil sie einer Ideologie dienen. Und über diese Ideologie sprechen sie inzwischen ganz offen. Sie reden ohne jede Zurückhaltung und jegliche Angst vor dem Verfassungsschutz von der ökologischen Transformation. Sie träumen von einer Gesellschaft, in der von oben nach unten vorgegeben wird, wie der Einzelne zu leben hat, wie die Kinder zu erziehen sind, ob man Fleisch essen und das Auto oder Flugzeug benutzen darf und wie das gehorsame klimafällige Verhalten benotet wird. Was wir in dem einen

Jahr Ampel erlebten, waren weniger Fehler und Fehlentwicklungen, wie manche glaubten, sondern es ist ein sich zunehmend beschleunigender Systemwechsel hin zu einer ökosozialistischen Kommandogesellschaft.

Das ist nicht völlig neu. Die Politik der Merkel-Regierungen wird insoweit fortgesetzt, allerdings hat sich das Veränderungstempo deutlich beschleunigt. Olaf Scholz sprach Anfang 2021 davon, dass er keine roten Linien kenne. Wer keine roten Linien akzeptiert, bringt zum Ausdruck, dass ihm weder Recht und Gesetz noch die Meinung des Volkes interessiert. Dann könne er absolut und willkürlich handeln, ohne dass ihm Justiz, Presse oder Opposition in den Arm fallen. Diesen Eindruck muss man nach einem Jahr ökosozialistischer Ampel-Regierung haben. Sie machen Politik, wie es ihnen gefällt, weil sie die Macht haben, das zu tun. Hinzukommt, dass Krisen und Kriege gute Vorwände sind, politische Projekte durchzudrücken, die unter normalen Umständen auf erbitterten Widerstand gestoßen wären. Die angegebenen Begründungen, den Bürgern Einschränkungen aufzuerlegen, sind oftmals so dünn, dass selbst politisch Unerfahrene erkennen, dass es sich nicht um einen überzeugenden Grund, sondern um einen einfachen Vorwand handelt, wie wir zum Beispiel bei der Migrations-Politik sehen können: es ist unglücklich, dass die massenhafte Zuwanderung dem Flüchtlingsschutz dient.

Jeder, der etwas Lebenserfahrung hat, lässt sich mit Vorwänden nicht abspeisen. Vor allem dann nicht, wenn man sich mit marxistischen Klassikern und der ökosozialistischen Ideologie ein wenig beschäftigt hat. Vorwände dienen der Täuschung des politischen Gegners. Es geht aus Sicht der politischen Linken um die „Dekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft“ oder anders gesagt: die „kreative Zerstörung“. Die Migrationspolitik, Familienpolitik, die Verarmung der Gesellschaft usw. sind nur Mittel zur Dekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft, um dann mit dem

„neuen Menschen“ die ideologische Gesellschaft aufzubauen. Dies ist keine Verschwörungstheorie, sondern politische Praxis der verschiedenen nationalistischen und internationalistischen sozialistischen Bewegungen seit über hundert Jahren.

Diese Politik hatte bislang leichtes Spiel, denn die großen Massenmedien haben einen Rollenwechsel vollzogen. Sie kontrollieren nicht mehr die Regierenden, sondern die Regierten. Dazu bekämpfen sie durch Diffamierung, Diskreditierung, Cancel-Culture und Ausgrenzung all diejenigen, die die herrschende Linie infragestellen. Sie kritisieren nicht mehr, diejenigen die entscheiden, sondern diejenigen, die sich den Entscheidungen nicht klaglos fügen und diffamieren sie als Querdenker, Rechte oder Nazis.

Die parlamentarische Demokratie ist deformiert verloren. Der hohe Anteil der Nichtwähler bei den Landtagswahlen machte deutlich: Wer die Grünen, die SPD, die Linken oder die FDP wählte, stimmte für eine ökosozialistische Politik. Wer die CDU wählte, bekam zwar einen CDU-Ministerpräsidenten, aber sitzen die Grünen am Kabinetttisch und die Wähler erhalten eine grüne Politik. Und wer AfD wählte, gab die Stimme einer Partei, die ausgegrenzt ist und vom politischen Einfluss ferngehalten wird, so dass die Stimme letztlich ohne politische Wirkung bleibt. Dies ist den Bürgern auch auf Bundesebene klar: wer die CDU wählen würde, bekäme Merz als Bundeskanzler und die gleichen grünen oder roten Minister, die man gerade nicht will. Den Ökosozialisten – auch in der CDU – ist es gelungen, die Vorherrschaft der ökosozialistischen Ideologie zu zementieren, so dass derzeit unabhängig vom Ausgang einer Wahl die Bildung einer bürgerlichen, der Freiheit und dem Eigentum verpflichteten Regierung unmöglich ist. Möglich wurde dies erst dadurch, dass die CDU/CSU eine strenge aktive wie passive Kontaktsperre gegenüber rechten Parteien verhängt wurde, so dass es noch nicht einmal möglich ist,

sich von den Falschen wählen zu lassen. Darüber hinaus sorgt eine rigoros parteiinterne Ausgrenzungs-, Diffamierungs- und Benachteiligungspolitik gegenüber politischen Abweichlern dafür, dass keine parlamentarische Mehrheit ohne ökosozialistische Dominanz gebildet werden kann. Ergänzt wird diese Praxis dadurch, dass in Angleichung an die Praxis von sozialistischen Kaderparteien die Parteiführungen von ihren Mitgliedern Gehorsam verlangen und nicht umgekehrt. Das Ganze könnte man auch als Umbau der parlamentarischen Demokratie zur Sicherung der ökosozialistischen Vorherrschaft nennen.

Sie werden vielleicht fragen, wie es so weit kommen konnte. Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky hatte dies bereits 1971 in seiner Schrift „Die Strategie der Systemüberwindung – Der lange Marsch durch die Institutionen“ vorhergesagt. Seine Schrift war damals Pflichtlektüre im Verfassungsschutz und in Teilen der Bundeswehr. Die Unterwanderung begann in den Medien und Bildungseinrichtungen, betraf dann die NGOs und Parteien. Inzwischen sitzen Politiker und Journalisten mit linksradikalem oder linksextremem Vorlauf, teilweise mit nachweisbaren Kontakten zur gewaltbereiten Antifa an den Schalthebeln der Macht. Niemand hat deren Durchmarsch stoppen können. Extremisten unterscheiden sich grundlegend vom Bürgertum. Sie kennen keine politischen Gegner, sondern nur politische Feinde. Der politische Gegner ist jemand, mit dem man auf Augenhöhe um die Gunst der Wähler konkurriert, dessen Positionen man zwar nicht teilt aber als gleichberechtigt anerkennt. Der Feind ist derjenige, der als Mensch im politischen Raum nicht gleichwertig ist, der diskreditiert, ausgrenzt und vernichtet werden muss. Der Kampf gegen Rechts, den Teile der Bundesregierung propagieren, ist kein Kampf gegen den Rechtsextremismus, auch nicht gegen den völlig legitimen rechten Teil des politischen Meinungsspektrums, dessen Bekämpfung auch schon rechtswid-

rig wäre, sondern gegen alle, die von linksradikalen Neomarxisten als rechts markiert werden. Rechts von der Antifa steht deren Feind. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Papier sprach schon vor Jahren von einer Erosion des Rechtsstaates. Diese Erosion des Rechtsstaates ist weiter fortgeschritten, wenn wir heute feststellen müssen, dass das Recht nur noch selektiv angewandt wird. Der Kampf gegen Rechts ist auch ein Kampf gegen das Recht.

Wo werden wir in einem Jahr stehen? Das realistischste Szenario ist, dass, wenn alles so weiterläuft, der gesellschaftliche Umbau, die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und die Verarmung Deutschlands in 2023 mit noch höherem Tempo zunehmen wird. Deutschland wird sich in rapidem Tempo zu einem Land der zweiten Welt entwickeln. Wenn trotz der Medienpropaganda immer mehr Menschen spüren, dass hier etwas nicht stimmt, wird die Unruhe in der Bevölkerung zunehmen. Um das abzufangen, müssen Propaganda und Feindbekämpfung weiter zunehmen.

Ich bin der Meinung, wir müssen uns über diese Lage im Großen und Ganzen im Klaren sein, andernfalls brauchen wir überhaupt nicht darüber nachzudenken, was zu tun ist. Und wir können sicher sehr viel tun. Ich bin zu Beginn des neuen Jahres sehr zuversichtlich, dass wir Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen können. Denn der politische Gegner ist zwar hoch ideologisiert, fanatisch und aggressiv. Aber er hat viele Schwächen und ist längst nicht so stark, wie er sich darstellt. Und das ist beruhigend.

Hans-Georg Maaßen

(Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider und geben immer die Meinung des Autors wieder. Wir schätzen unsere Leser als erwachsene Menschen und wollen ihnen unterschiedliche Blickwinkel bieten, damit sie sich selbst eine Meinung bilden können. Um die Meinung der Autoren nicht zu verfälschen, werden diese Artikel nicht zensiert und gekürzt.)

Der Leser hat das Wort

Warum das Abwahlverfahren ein höchst demokratischer und nötiger Vorgang ist!

Leserbrief. Um Ihnen, werte Leserinnen und Leser, das Ansinnen dieses Leserbriefes näher zu bringen, benötigt es einen Ausflug in die Geschichte.

Am 28.10.1969 hielt der frisch gekürte Bundeskanzler Willy Brandt eine Rede im Bundestag, mit der er die Parlamentarier aufforderte, mehr Demokratie zuzulassen. „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, so der Wortlaut des kurzen Satzes, der die Regierungserklärung vielleicht zu einer der berühmtesten Reden der deutschen Nachkriegszeit machte.

Es sollte die bürgerliche Teilhabe erhöht und damit die Demokratie gesichert werden.

Die in Deutschland vorherrschende repräsentative Demokratie ist nicht darauf ausgerichtet, die Partizipation der Bürger zu ermöglichen, viel mehr soll die Vorherrschaft der Wenigen gesichert werden.

In weiten Teilen des Politikbetriebes wurde der Aufruf, mehr Demokratie zu wagen, nicht als Ansporn für Demokratie fördernde Reformen, sondern als beschwichtigende Geste und als Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie ausgelegt.

Was gibt es also Demokratischeres, als die Bürger darüber entscheiden zu lassen, wie es mit ihrer Stadt, ihrem Hildburghausen weitergehen soll. Insbesondere unter Berücksichtigung des vonseiten der Landespolitik ausgeübten Drucks auf die SPD-Stadträte wird deutlich, welche Art von Demokratieverständnis Innenminister Maier und vereinzelt SPD-Mandatsträger haben.

Die Entscheidung der SPD-Stadträte, für das Abwahlverfahren zu stimmen, auch gegen den Druck von „oben“, kann nicht hoch genug angerechnet werden. Es wirft auch ein entsprechendes Bild auf den noch amtierenden Bürgermeister, der mit allen Mitteln versucht, seinen Posten zu sichern.

Ist das demokratisch? Oder einfach nur egoistisch? Wenn Herr Kummer so überzeugt von seiner Arbeit und dem von ihm während dieser Legislatur geleisteten ist, warum versucht er die bürgerliche Teilhabe mit allen Mitteln zu verhindern?

Wäre es nicht sinnvoller gewesen, diese Verbindungen für eine positive Entwicklung von Hildburghausen zu nutzen? In dieser Richtung ist leider nicht viel passiert!

In vielen Leserbriefen wurde berichtet, dass man ihm nichts vorwerfen könne, keine Verfehlungen, keinen Rechtsbruch. Muss es denn erst soweit kommen? Ganz im Gegenteil! Wir müssen jetzt handeln.

Wenn der Unmut der Bevölkerung wächst, wenn gefühlt nichts mehr funktioniert, stehen die Sig-

nale auf Veränderung. Die Bürger der Stadt Hildburghausen sind nicht nur dazu da, alle paar Jahre ihre Stimmen abzugeben, um dann 6 Jahre still zu sein.

Gut, dass dies 2/3 des Stadtrates verstanden haben und den Bürgern die Möglichkeit für eine Entscheidung einräumen.

Sehr geehrte Hildburghäuserinnen, sehr geehrte Hildburghäuser, zeigt euer Interesse an Eurer Stadt UND das euch etwas an Hildburghausen liegt.

Beteiligt euch am Abwahlverfahren, gebt eure Stimme ab und sorgt für geordnete Verhältnisse in Hildburghausen, damit es wieder vorangehen kann.

Wie? Allen wahlberechtigten Hildburghäusern wird an einem noch nicht offiziell bestätigten Termin die Möglichkeit gegeben, mittels Wahl über den Verbleib des Bürgermeisters zu entscheiden.

Warum? Jede Bürgerin, jeder Bürger von Hildburghausen sollte selber entscheiden, ob die angeblich so gute Arbeit von Herrn Kummer mit seiner Stadtverwaltung und seinen LINKEN Stadträten wirklich gut im Sinne der Stadt und seiner Bürger ist.

Wenn Sie auch der Meinung sind, dass nichts mehr in der Stadt funktioniert und Ihr Unmut auch immer mehr wächst, dann handeln Sie. Geben Sie Hildburghausen bitte wieder eine Chance mit der

richtigen Entscheidung!

Kathy Tanzberger, Stefanie Schulz, Katrin Hoffmann-Schönstein, Alexander Hofmann, Martin Seifert Hildburghausen

(Namentlich gekennzeichnete Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider und geben immer die Meinung des Autors wieder. Wir schätzen unsere Leser als erwachsene Menschen und wollen ihnen unterschiedliche Blickwinkel bieten, damit sie sich selbst eine Meinung bilden können. Um die Meinung der Autoren nicht zu verfälschen, werden Leserbriefe nicht zensiert und gekürzt. Mit der Einreichung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzudrucken und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.)

Kennzeichen weg

Harras (ots). Ein bislang unbekannter Täter entwendete am Montag (26.12.22) in der Zeit von 01.15 Uhr bis 01.20 Uhr das hintere Kennzeichen eines PKW, der in einer Hofeinfahrt in der Grattstadter Straße in Harras abgestellt war.

Ein Zeuge konnte einen Mann beobachten, allerdings keine weitere Beschreibung abgeben. Hinweise werden an die Polizeiinspektion Hildburghausen unter Tel. 03685/778-0 erbeten.

Holzpellets
Holzbriketts · Kaminholz · Anzündholz
infire
ZEHNER ENERGIE
Wir tanken Sie auf.
97631 Bad Königshofen · Bahnhofstraße 14
☎ 09761/91 10 15 · www.infire-energie.de
www.infire-energie.de

RWE-Chef: Energiepreise 2023 doppelt so hoch - trotz Preisbremsen

Essen (ots). RWE-Chef Markus Krebber rechnet im neuen Jahr trotz der staatlichen Preisbremsen mit hohen Belastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auf sie sehe er „eine Verdoppelung der Kosten für Strom und Gas gemessen am Niveau vor der Krise zukommen - auch mit der Preisbremse“, sagte Krebber im Podcast „Die Wirtschaftsreporter“ der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Und dabei bleibe es auch nur unter der Voraussetzung, dass die Menschen wirklich 20 Prozent ihres Energieverbrauchs einsparen, was für viele Haushalte „eine echte Anstrengung sein“ werde.

Auch für den Fall, dass Russland seinen Krieg in der Ukraine beendet und sich die Lage an den Gasmärkten beruhigt, erwartet der Vorstandsvorsitzende von Deutschlands größtem Stromerzeuger langfristig höhere Preise: „Ich rechne mit einem leicht höheren Energiepreis-Niveau im Vergleich zur Situation vor

der Krise. Das hat insbesondere damit zu tun, dass russisches Pipeline-Gas günstiger war als weltweit eingekauftes Flüssiggas, das bei uns über LNG-Terminals ankommt“, sagte Krebber im WAZ-Podcast. Eine gewisse Entspannung sei zu erwarten, wenn „wieder mehr französische Kernkraft verfügbar“ sei.

Für Deutschland geht Krebber fest von einem endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft im April aus, auch wenn hohe FDP-Politiker wie Parteichef Christian Lindner das immer wieder infrage stellen. „Am Ende ist es eine politische Entscheidung, ob die Kraftwerke länger laufen oder nicht. Mein Punkt ist: Die Kernenergie ist nicht die elementare Frage, um im Jahr 2030 oder 2035 mit unserem Energiesystem erfolgreich zu sein“, sagte Krebber. Er könne die Entscheidung der Bundesregierung, die Brennstäbe so lange zu nutzen, wie es geht, nachvollziehen. Aber: „Damit ist dann zum 15. April nächsten Jahres Schluss.“